

Taiwan wählt

Parlamentswahlen im Zeichen von Politikverdrossenheit und Parteimisstrauen

Guðrun Wacker

Bei den Parlamentswahlen in Taiwan am 12. Januar 2008 errang die frühere Festlandspartei Kuomintang (KMT, »blaues Lager«) eine Zweidrittelmehrheit der Sitze, mit der sie aus eigener Kraft die Verfassung ändern könnte. Die für die Unabhängigkeit Taiwans eintretende Demokratische Fortschrittspartei (DPP, »grünes Lager«) konnte nur 27 der 113 Sitze gewinnen. Der unerwartete Erdrutschsieg der KMT hat Implikationen nicht nur für die Präsidentschaftswahlen am 22. März und die gleichzeitig durchzuführenden Referenden über einen Beitritt des Inselstaates zu den Vereinten Nationen, die bei China, den USA und der EU auf Kritik stoßen. Entscheidend sind diese Entwicklungen vor allem auch für die künftigen Beziehungen Taiwans zur Volksrepublik China. Diese standen während der achtjährigen Präsidentschaft Chen Shui-bians (DPP) unter Dauerbelastung und gelten im Jahr der Wahlen in Taiwan und der Olympischen Spiele in China als besonders fragil. Die Hoffnung auf bessere Beziehungen und mehr Stabilität kann sich nur erfüllen, wenn keine der beiden Seiten übertriebene Erwartungen hegt.

Der Sieg der KMT bei den Wahlen für das taiwanische Parlament, den Legislativ-yuan, war nach den Prognosen erwartet worden. Überraschend allerdings war, wie deutlich die Niederlage für die DPP ausfiel.

Das klare Wahlergebnis täuscht indes darüber hinweg, dass immerhin 36,9% der Wähler der DPP ihre Stimme gaben (KMT 51%) und die Partei damit ihr Gesamtergebnis gegenüber den Wahlen von 2001 (33,4%) und 2004 (35,7%) verbessern konnte. Dass sie trotzdem eine so geringe Zahl der Mandate errang, lag an einem neuen Verfahren, das bei dieser Wahl erstmals zum Tragen kam: Zu vergeben war in 73 Wahlbezirken je ein Sitz (*the winner takes it all*), 6 Sitze

waren für die Ureinwohner/ethnischen Minderheiten reserviert und 34 weitere Sitze wurden nach Parteilisten vergeben. Mit diesem System wird das bislang aus 225 Sitzen bestehende Parlament um fast die Hälfte verkleinert. Es benachteiligt von vornherein die DPP, da einigen bevölkerungsärmeren Wahlbezirken, die traditionell in »blauer« Hand sind, ein eigener Sitz zusteht. Für die kleinen Parteien stellt die Fünfprozentklausel eine Hürde dar, die diesmal keine von ihnen nehmen konnte.

Die Wahlbeteiligung war mit unter 60% geringer als bei früheren Parlamentswahlen. Dass sie nicht höher ausfiel, hat unter anderem damit zu tun, dass Brief-

wahl in Taiwan nicht möglich ist und die Wähler ihre Stimme nur in ihrem Heimatdistrikt abgeben dürfen.

Angesichts der stark polarisierten und emotional aufgeladenen Stimmung in Taiwan verliefen sowohl der Wahlkampf als auch die Wahlen selbst relativ friedlich und professionell. Chen Shui-bian übernahm noch am Wahlabend die Verantwortung für die Niederlage seiner Partei und trat vom Vorsitz der DPP zurück.

Die Sitzverteilung im neuen Legislativ-Yuan sieht wie folgt aus:

KMT	81	Sitze (davon 61 direkt)
DPP	27	Sitze (davon 13 direkt)
Sonstige	5	Sitze (alle direkt, davon 4 für die »Parteilose Allianz«, die der KMT nahesteht).

In dem neu gewählten Parlament werden aufgrund der deutlich reduzierten Zahl von Abgeordneten auch die Ausschüsse mit nur wenigen Personen besetzt sein, die dann über eine große Machtfülle verfügen werden. Daher stellen viele Wissenschaftler die Frage, ob sich das neue System gegenüber dem alten wirklich bewähren wird.

Abstrafung der DPP

Die meisten Analysen gingen bereits im Vorfeld der Wahlen davon aus, dass die KMT nicht etwa gewinnen würde, weil sie so beliebt ist und die politische Unterstützung der Bevölkerung genießt, sondern eher weil sich ihr Gegner DPP und insbesondere Präsident Chen Shui-bian so unbeliebt gemacht haben. Es handelte sich also mehr um eine Abwahl der DPP als um ein positives Wählervotum für die KMT.

Einst als die Partei gesehen, die sich wohltuend von der notorisch korrupten KMT abhob, hat die DPP ihr sauberes Image eingebüßt, seit sie im Jahr 2001 die Regierung übernahm, und dies nicht zuletzt wegen des fragwürdigen Finanzgebarens des Präsidenten selbst und seiner Familie.

Während lokale Themen den Wahlkampf dominierten, nutzte die KMT die unbefriedigende Wirtschaftslage Taiwans

zu ihren Gunsten aus. Das Wirtschaftswachstum in Taiwan ist in den letzten Jahren hinter den Erwartungen und hinter den Raten anderer asiatischer Staaten wie Südkorea zurückgeblieben, die unteren und mittleren Einkommen sind kaum gestiegen und die Einkommensschere klappt immer weiter auseinander. Die KMT macht dafür Präsident Chen Shui-bian und seine Politik verantwortlich, die keinerlei Fortschritte in den Beziehungen zu China zustande gebracht hätte – bis heute gibt es keine Flug- und Schiffsverbindungen (mit Ausnahme von Charterflügen zu besonderen Anlässen); für chinesische Touristen und Direktinvestitionen gelten Obergrenzen. Die mittlerweile circa 200 000 taiwanesischen Geschäftleute, die sich auf dem Festland niedergelassen haben, sind an einer Senkung ihrer Transaktionskosten und an schnelleren und bequemerer Verkehrsverbindungen über die Taiwanstraße hinweg interessiert.

Die DPP stellte in ihrer Medienkampagne vorrangig ihren Kampf um Demokratie in Taiwan seit den achtziger Jahren in den Vordergrund. Das genügte aber offensichtlich nicht, um gerade die jungen Wähler zu mobilisieren. Insgesamt standen der KMT finanziell deutlich mehr Mittel für den Wahlkampf zur Verfügung und sie war auch präsenter in den Medien.

Präsidentenwahlen im März: »Pendel« oder »Wassermelone«?

Der Ausgang der Parlamentswahlen wird sich zweifellos auf die Präsidentenwahlen am 22. März auswirken. Zwei Effekte sind denkbar:

1. Effekt des »bandwagoning« (in den taiwanesischen Medien als »Wassermeloneffekt« bezeichnet): Durch den hohen Sieg seiner Partei wird der Präsidentenwahlkandidat der KMT, der ehemalige Bürgermeister von Taipei, Ma Yingjiu, nochmals deutlich an Zustimmung und Popularität zulegen und unangefochten gewinnen.

2. Effekt des »balancing« (in den taiwanesischen Medien als »Pendeleffekt« be-

zeichnet): Um eine zu starke Machtkonzentration bei der KMT zu verhindern, unterstützen die Wähler verstärkt den im Vergleich zum Amtsinhaber Chen Shuibian als gemäßigt geltenden Präsidentschaftskandidaten der DPP, Frank Hsieh. Gegen diese Variante spricht allerdings, dass eine solche Konstellation – mehrheitlich »blau« besetzte Legislative und »grüne« Exekutive – in den letzten acht Jahren vielfach zur Lähmung führte, weil das Parlament Entscheidungen der Regierung blockierte.

Die Wahlbeteiligung dürfte im März deutlich größer sein als bei den Parlamentswahlen, bei den Präsidentschaftswahlen 2004 erreichte sie etwa 80%. Beide Kandidaten werden versuchen, die Wähler mit allen Mitteln zu mobilisieren. Während die KMT aber einen relativ geschlossenen Eindruck macht, ist die DPP in der Kompromissbereitschaft gegenüber China gespalten in Pragmatiker und »Fundamentalisten«. Nach der erlittenen Niederlage wird sie es schwer haben, sich binnen zwei Monaten neu zu formieren.

Schließlich kann der Ausgang der Präsidentschaftswahlen auch von Peking mitbeeinflusst werden: Sollte Peking den KMT-Kandidaten zu deutlich unterstützen oder direkten Druck ausüben, würde das vermutlich – wie schon in der Vergangenheit – eher dem Kandidaten der DPP zugutekommen. Ma Yingjiu darf nicht in Verdacht geraten, dass er bereit ist, Taiwan in den Schoß Chinas fallen zu lassen.

Deshalb hat Ma auch gegen die gerade vollzogene Wende Malawis von der Anerkennung Taiwans zu diplomatischen Beziehungen mit China protestiert. Denn dieser Akt wird sicher in der Bevölkerung Taiwans als Schlag gegen die Souveränität ihres Landes und als Versuch empfunden, Taiwan international die Luft zum Atmen zu nehmen: Nun sind es nur noch 23 Staaten, die diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhalten.

Peking hat aus den Wahlen 1996 und 2000 gelernt, dass jeder Versuch kontraproduktiv ist, durch Drohgebärden oder Warnungen direkten Druck auf die Wähler

in Taiwan auszuüben: In beiden Fällen musste es genau das Wahlergebnis hinnehmen, das es gezielt verhindern wollte. Zudem wird sich die chinesische Führung die Option offenhalten wollen, auch mit einem Präsidenten Hsieh in irgendeiner Form das Gespräch aufzunehmen. Insofern ist Peking gut beraten, sich möglichst ganz aus dem Wahlkampf herauszuhalten.

Implikationen für die März-Referenden über die Aufnahme in die UNO

Gleichzeitig mit den Parlamentswahlen wurden am 12. Januar zwei Referenden abgehalten, ein DPP-initiiertes, bei dem es um die Rückforderung von Besitztümern der KMT ging, und ein KMT-initiiertes, das gegen die DPP gerichtete Untersuchungen von Korruptionsvorwürfen betraf. Allerdings rief die KMT zwei Wochen vor den Wahlen zum Boykott beider Referenden auf, weil sie mit der Art der Durchführung nicht einverstanden war. Beide blieben mit einer Beteiligung von nur jeweils 26% der 17 Mio. Wahlberechtigten weit unter den für ein gültiges Votum notwendigen 50%.

Das Scheitern dieser beiden Referenden sagt noch nichts über die Aussichten für die beiden Volksentscheide über die Aufnahme in die UNO aus, die im März mit den Präsidentschaftswahlen durchgeführt werden sollen. Sie wurden gleichwohl als eine Art Testlauf für die außenpolitisch weit brisanteren UN-Referenden betrachtet.

Die fast gleichlautenden Texte der Referenden beider Parteien – einmal das zur Aufnahme in die Vereinten Nationen unter dem Namen »Taiwan« (DPP), zum anderen jenes zur Rückkehr in die Vereinten Nationen unter dem (immer noch offiziellen) Namen »Republik China« oder einer anderen Bezeichnung (KMT) – stießen schon im Vorfeld auf Kritik. Nicht nur Peking brandmarkte sie als Versuch, den Status quo zu verändern, das tat auch Europa. Viel entscheidender war jedoch, dass die USA – nach wie vor die Schutzmacht Taiwans – insbesondere das DPP-Referendum wegen der involvierten

Namensänderung als provokativ und destabilisierend bewerteten.

Da ohnehin klar ist, dass die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Taiwans eine Mitgliedschaft der Insel in der UN unterstützt, halten auch viele Menschen in Taiwan diese Abstimmung für überflüssig. Abgesehen davon liegt die Entscheidung über einen UN-Beitritt ohnehin nicht in der Hand der Regierung Taiwans.

Unsicher ist, ob die KMT zum Boykott auch der Volksabstimmung im März aufrufen wird. Einerseits könnte sie an einem Erfolg des eigenen Referendums oder sogar beider Versionen interessiert sein, um ihre Verhandlungsposition gegenüber Peking zu stärken. Wenn allerdings auch diese Referenden an mangelnder Beteiligung der Wähler scheitern sollten, würde dies für den nächsten Präsidenten in jedem Fall eine Schwächung bedeuten.

Misstrauen und »Dirty tricks«

Vertreter beider Parteien trauen der jeweils anderen Seite zu, dass sie die Wahlen durch einen Trick oder einen Zwischenfall ähnlich dem Attentat auf Chen Shui-bian am Vortag der Präsidentschaftswahl im Jahr 2004 – das viele für inszeniert hielten – für sich zu entscheiden versucht.

Besonders verbreitet scheint die Sorge vor inszenierten Zwischenfällen in der KMT zu sein. Aber auch auf chinesischer Seite wird diese Gefahr beschworen. Ob solche Vorstellungen auf der einen oder anderen Seite der Taiwanstraße ihren Ursprung haben, ist nicht feststellbar. Befürchtet die KMT, Chen Shui-bian könnte einen Anschlag auf einen Kandidaten oder ähnliches als Vorwand nehmen, um den Ausnahmezustand zu verhängen, sehen andere Beobachter nach dem klaren Wahlausgang die Gefahr, dass die KMT versuchen könnte, alte Zeiten wiederzubeleben und die Demokratie in Taiwan abzuschaffen.

Die Verbreitung solcher Szenarien zeigt auf jeden Fall, wie tief das Misstrauen zwischen den beiden großen Parteien bzw. dem blauen und dem grünen Lager ist.

Implikationen für die Beziehungen zu China

Unabhängig von der Person des künftigen Präsidenten erwartet die Mehrheit der Taiwaner Verbesserungen im Verhältnis zum chinesischen Festland – insbesondere in der funktionalen Zusammenarbeit. Im Zentrum stehen hier nach wie vor die sogenannten *three links*, das heißt die drei direkten Kommunikationsverbindungen (Transport, Post, Handel). Waren und Passagiere müssen bislang im Normalfall nach wie vor den Umweg über Hongkong oder ein Drittland nehmen.

Auf dem 17. Parteitag der Kommunistischen Partei hat der chinesische Präsident Hu Jintao Verhandlungen über ein Friedensabkommen in Aussicht gestellt, allerdings unter der Voraussetzung, dass Taiwan das Ein-China-Prinzip anerkennt. Diese Bedingung ist weder für Frank Hsieh noch für Ma Yingjiu annehmbar, denn dies würde in der Bevölkerung Taiwans keine Unterstützung finden.

Die KMT hofft im Falle eines Wahlsieges von Ma Yingjiu, ein informelles Arrangement mit der Volksrepublik treffen zu können, das auf dem »Konsens von 1992« basiert. Allerdings wird dieser Konsens von Peking und Taipei unterschiedlich interpretiert. Selbst wenn China sich darauf einließe, den Inhalt des »Konsenses« im Vagen zu lassen, und es zu einer Übereinkunft mit der KMT bzw. Taiwan käme, wäre dies insofern eine fragile Lösung, als China den verabredeten Deal jederzeit widerrufen könnte. Und es bleibt die Frage, wie Peking Taiwan das geben kann, was es am meisten begehrt: mehr internationale Anerkennung und Bewegungsspielraum.

Letztlich wird es um die Frage gehen, ob die Volksrepublik bereit ist, Taiwan ein echtes Angebot zu machen, das nicht von vornherein an Bedingungen geknüpft ist, die auch dann für Taiwan nicht akzeptabel sind, wenn sein nächster Präsident Ma Yingjiu heißt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2008
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364